

MICHAEL RIDDER

Regionale Industrieentwicklung und Effekte aus dem Beitritt zur EG

Der Fall Thrakien in Nordgriechenland

Kurzfassung

Der Beitritt Griechenlands zur Europäischen Gemeinschaft hat auf der Wettbewerbsebene keine nachhaltig positiven Impulse für die regionale Industrieentwicklung zur Folge gehabt und somit auch nicht zum Abbau der erheblichen regionalen Disparitäten beigetragen. Obwohl der Einfluß der EG-Mitgliedschaft methodisch kaum von anderen, die allgemeine Wirtschaftsentwicklung bestimmenden Faktoren getrennt werden kann, läßt sich aufgrund empirisch gewonnener Daten behaupten, daß der nach dem Beitritt durch den Abbau tarifärer und nicht-tarifärer Handelshemmnisse erfolgte außenwirtschaftliche Konkurrenzdruck einen negativen Einfluß auf die regionale Wirtschaftsentwicklung hatte. Der Wegfall steuerlicher Bevorzugungen und die Übernahmen der gemeinsamen Agrarpolitik verstärken diesen Prozeß. Demgegenüber steht nur die günstige Entwicklung der Textil- und Bekleidungsindustrie. Die Orientierung auf diesen Sektor trägt jedoch zu einer ungleichen Integration Griechenlands in die internationale Arbeitsteilung bei und schafft Industriestrukturen, die langfristig international nicht wettbewerbsfähig sind.

Die Region Thrakien steht somit am Vorabend der Realisierung des europäischen Binnenmarktes vor einer schwierigen Aufgabe, deren Bewältigung zukünftig einen massiven und koordinierten Einsatz wirtschafts- und strukturpolitischer Instrumentarien erfordert.

1. Problemstellung

Der vorliegende Beitrag stellt am Beispiel der Region Thrakien Tendenzen der industriellen Entwicklung in einer peripheren Region Griechenlands unter den Bedingungen der EG-Mitgliedschaft vor und zeigt Entwicklungsprobleme auf, mit denen sich Industrie und Gewerbe aus strukturschwachen Räumen Europas am Vorabend der Realisierung des europäischen Binnenmarktes konfrontiert sehen (1).

Regionsbezogene Evaluierungen der Auswirkungen des EG-Beitritts liegen für Griechenland auch nach mittlerweile zehnjähriger Mitgliedschaft in der Gemeinschaft nur vereinzelt vor. Eine Überprüfung der regionalen Betroffenheit infolge des Beitritts erschien angesichts der im Vergleich zur übrigen EG erheblichen Strukturschwächen der Industrie und aufgrund des prognostizierten Konkurrenzdrucks gerade für die peripheren Gebiete Griechenlands als zwingend erforderlich.

Ein weiterer Anpassungsdruck ist darüber hinaus aus der bevorstehenden Realisierung des europäischen Binnenmarktes zu erwarten. Auch in dieser Beziehung ergibt sich für die peripheren Regionen der Gemeinschaft die Notwendigkeit einer Überprüfung ihrer Stellung im Gemeinsamen Markt und der Abschätzung ihrer Wettbewerbsprobleme.

Die Forschung versteht sich somit auch als eine "Trendmeldung" der regionalen Entwicklung in der Periode nach der Vollmitgliedschaft und vor den Bedingungen der vollständigen Liberalisierung der Kapital- und Warenströme nach 1992.

2. Wirtschaftliche Strukturdaten der Region Thrakien

Die Region Thrakien ist Teil der Präfektur Ostmakedonien und liegt im äußersten Nordosten Griechenlands (s. Karte 1). Die Region befindet sich sowohl im griechischen wie europäischen Kontext in einer verkehrsmäßig isolierten Lage und ist wirtschaftlich fast ausschließlich auf die Agglomerationen des Landes (Thessaloniki und Athen) ausgerichtet.

Thrakien gehört mit fast 60 % der Erwerbstätigen im primären Sektor zu den eindeutig landwirtschaftlich geprägten Regionen der EG. In den Gebieten außerhalb der städtischen Zentren leben auch heute noch 80–90 % der Bevölkerung von der landwirtschaftlichen Produktion.

Die Ausstattung der Region mit industriellen Arbeitsplätzen ist gering. Auch in diesem Fall nimmt Thrakien im nationalen und gemeinschaftlichen Durchschnitt eine Extremposition ein: 1981 waren nur 18 % (Griechenland: 30,5 %) der Erwerbstätigen im sekundären Sektor beschäftigt (2).

Das Bruttoinlandsprodukt (in Kaufkraftparitäten) pro Einwohner erreichte in den Jahren 1981–1985 44 % des Gemeinschaftsdurchschnitts. Damit nahm Thrakien den niedrigsten Wert in der Rangfolge der Regionen der EG ein (Griechenland: 58 %, EG-12: 100 %) (3).

3. Entwicklung von Beschäftigung und Firmen des verarbeitenden Gewerbes in Thrakien

Die Industrialisierung der Region wurde erst durch seit Mitte der 70er Jahre von der griechischen Administration geschaffene Maßnahmen zur Investitionsförderung eingeleitet (4). Ein Teil der Unternehmensgründungen geht dabei auf staatliche bzw. genossenschaftliche Initiative zurück. Das betrifft insbesondere Unternehmen aus der Nahrungs- und Genußmittelbranche (Milchprodukte, Zigaretten, Zuckerraffinierung, Fleisch- und Gemüseverarbeitung).

Das Wachstum der Handwerks- und Industriebeschäftigung Thrakiens lag in den 70er und 80er Jahren deutlich über dem Durchschnitt Griechenlands. Im Zeitraum 1969–1984 betrug das durchschnittliche jährliche Wachstum der Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe in Thrakien 4,7 % gegenüber 2,1 % auf nationaler Ebene. Auch in der Phase der wirtschaftlichen Rezession (ab 1979, hier: 1978–1984) stieg die Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe der Region noch um fast 4 000 Arbeitsplätze.

Die thrakische Industrie wird von Konsumgüterbranchen bestimmt. Demgegenüber sind moderne Wachstumssektoren der verarbeitenden Industrie in Thrakien gar nicht oder nur in Ansätzen vorhanden (vgl. Tab. 1). Die Region ist damit in ihrer sektoralen Zusammensetzung noch ungünstiger strukturiert als die nationale Industrie, in der Konsumgüterbranchen dominieren, die international von rückläufiger Rentabilität gekennzeichnet sind.

Karte 1:
Die griechische Region Thrakien



Tabelle 1:
Sektorale Zusammensetzung der Industrie Thrakiens 1984

Branche	Beschäftigte	
	abs.	in %
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	4 951	31,3
Textilien	793	5,0
Bekleidung und Schuhe	3 145	19,9
Holz und Möbel	1 754	11,1
Druck und Papier	574	3,6
Chemikalien	61	0,4
Nicht-metallische Mineralien	530	3,3
Grundmetallindustrie	197	1,2
Metallproduktion, Maschinen, elektr. Geräte	1 996	12,6
Transportmittel	1 051	6,6
Sonstige	783	4,9
Insgesamt	15 835	100,0

Quelle: Eigene Berechnungen nach NSSG 1988

Das größere Wachstum der Beschäftigung in der thrakischen Industrie findet seine Parallele in der Entwicklung des Industrie- produkts (1969–1983 9,8 % jährliches Wachstum gegenüber 4,3 % auf nationaler Ebene) (5). In der Krisenperiode 1979–1983 sank das Bruttoinlandsprodukt der verarbeitenden Industrie Griechen- lands sogar um durchschnittlich jährlich ein Prozent. In der peripheren Region Thrakien ist das Regionalprodukt des verarbei- tenden Gewerbes erstaunlicherweise aber noch gestiegen.

Die günstigere Entwicklung der thrakischen gegenüber der nationalen Industrie wird durch die Entwicklung der Arbeitspro- duktivität bestätigt. Diese hat sich seit dem Beginn der 70er Jahre sukzessive verbessert. Auch zu Beginn der 80er Jahre ist ein Aufwärtstrend zu verzeichnen, während auf nationaler Ebene ein Rückgang eingetreten ist (vgl. Tab. 2).

Der Industrialisierungsprozeß in Thrakien läßt somit zumindest bis zum Jahr 1983 im Vergleich zur ungünstigen nationalen Entwicklung relativ zufriedenstellende Ergebnisse erkennen. Das gilt vor allem für die Krisenperiode 1979–1983. Eine tiefergehen- de Analyse der inneren Strukturen bestätigt allerdings diese erste Aussage nicht. Die Ergebnisse der bis 1984 branchenmäßig

Tabelle 2:
Arbeitsproduktivität in der verarbeitenden Industrie 1970–1983
(in Mio. Dr. const. Preise von 1970)

	BRP 70 / BES 69	BRP 79 / BES 78	BRP 83 / BES 84	Wa 70–79	Wa 79–83
Thrakien	0,064	0,104	0,109	5,5 %	1,2 %
Griechenland	0,098	0,133	0,125	3,5 %	-1,5 %
Anteil Thrakiens	65,3 %	78,2 %	87,2 %		

BRP = Bruttoregional- bzw. Bruttoinlandsprodukt
BES = Beschäftigung

Quelle: Eigene Berechnungen nach Theodoris-Markogiannaki et al. (1986) und unveröffentlichten Angaben des NSSG

detailliert aufbereiteten Industriezählungen belegen nämlich, daß Diversifizierungen der industriellen Struktur nur traditionellen Verbrauchsgüterindustrien zuzuschreiben sind. Dies betrifft im Bereich der Nahrungs- und Genußmittelindustrie die Veredelung von Gemüse und Tabak bzw. in der Textil- und Bekleidungsbranche Ansätze einer Differenzierung beim Weben und Färben von Stoffen. Zur Diversifizierung des Industrialisierungsmusters haben zudem Neugründungen in der Papier- und der Kunststoffindustrie beigetragen. Den dynamischen Unternehmen der traditionellen Industrien gemeinsam ist die Ausrichtung auf eine kapitalintensive Produktion bei gleichzeitigem Einsatz einer großen Anzahl unqualifizierter, in der Textil- und Bekleidungsindustrie vornehmlich weiblicher Arbeitskräfte. Die Investitionsentscheidungen haben sich entweder am Angebot der Rohstoffe orientiert (Gemüse, Tabak) oder sind in Kombination von Investitionsförderung und Verfügbarkeit billiger Arbeitskräfte getroffen worden (Textilien, Papier, Kunststoffe).

Ab Mitte der 80er Jahre geht das Wachstum der Industriebeschäftigung auch in Thrakien zurück. Nach vorläufigen Ergebnissen aus dem Industriezensus von 1988 verringerte sich der durchschnittliche jährliche Anstieg der Beschäftigung (ohne Baugewerbe) von 4,3 % (1978–1984) auf 1,9 % (1984–1988). Das Wachstum lag in der zweiten Hälfte der 80er Jahre aber immer noch über dem nationalen Niveau. Hier ist 1984–1988 mit einem Beschäftigungswachstum von nur jährlich durchschnittlich 0,1 % ein Stillstand eingetreten.

Eine Schätzung der sektoralen Entwicklung in den 80er Jahren auf Grundlage örtlicher Informationen für Betriebe mit zehn und mehr Beschäftigten ergibt, daß nur die Textil- und Bekleidungsbranchen signifikante Wachstumsgewinne erzielen konnten. Sie stellen mit 44,9 % mittlerweile fast die Hälfte aller industriellen Arbeitsplätze.

Neuinvestitionen wurden in der Periode der 80er Jahre vornehmlich in der Konsumgüterindustrie getätigt (Tabake, Textilien, Bekleidung, Schuhe). Von 69 Neugründungen entfiel rund ein Viertel auf die Bekleidungsindustrie, die 44,5 % der geschaffenen 2 680 Arbeitsplätze stellte.

Das Interesse an einer Investition in der Nahrungsmittelindustrie ist demgegenüber spürbar zurückgegangen. Im Gegensatz zu den 70er Jahren konnte in Thrakien seit 1980 keine größere Investition in dieser Branche mehr angeworben werden.

Die hier aufgezeigte Entwicklung, die sich mangels weiterer Daten nur auf neugegründete Betriebe bezieht, läßt jedoch den finanziellen Rahmen der Investitionstätigkeit bei bestehenden Unternehmen außer acht. Aufgrund der Datenlage ist eine Analyse aller real getätigten Investitionen in der thrakischen Industrie nur für die Jahre 1980–1984 möglich, und das wiederum auch nur ohne

Differenzierung nach Branchen. Die Investitionen waren in der thrakischen Industrie in den Jahren 1980 und 1981 – gemessen am Landesdurchschnitt – mit 3,2 % bzw. 2,9 % noch relativ hoch, berücksichtigt man, daß Thrakien im Jahre 1981 nur 2 % der gesamten Beschäftigung in der verarbeitenden Industrie stellte. Bis 1983/84 gingen die Investitionen jedoch auf einen Anteil von 1,1 % an den nationalen industriellen Investitionen zurück (6). Die Abwärtsentwicklung setzte sich auch in den Folgejahren fort und wurde erst 1987 wieder gebremst.

Der Negativtrend bei den regionalen Industrieinvestitionen hat offensichtlich auch in der zweiten Hälfte der 80er Jahre angehalten. Als besonders nachteilig muß die Investitionslücke in den Kapital- und Investitionsgütersektoren angesehen werden. Investitionen im Zeitraum 1982–1988 aufgrund des Investitionsförderungsgesetzes 1262/82 zeigen, daß nur 2,6 % der Mittel in den Sektoren Maschinenbau und Elektrotechnik angelegt wurden. In den Jahren 1986–1988 ist in diesen Branchen nicht eine geförderte Investition vollendet worden. Der Großteil der Mittel floß in die Branchen Nahrungs- und Genußmittel (28,8 %), Textil und Bekleidung (28,2 %) sowie in die Kunststoffverarbeitung (15 %). Dabei sind die Investitionen in der Nahrungsmittelbranche und der Kunststoffindustrie ganz offensichtlich in hohem Maße für Rationalisierungs- und Modernisierungszwecke eingesetzt worden. In der Bekleidungsindustrie und in abgeschwächter Form auch in der Textilbranche floß das investierte Kapital in arbeitsintensive Produktionsprozesse.

Trotz der nur lückenhaften Datenlage wird die tiefe Stagnation deutlich, in der sich die regionale Industrie Thrakiens heute befindet. In den 80er Jahren gingen Entwicklungsimpulse nur noch von Betriebsgründungen in den traditionellen Leichtindustrien wie etwa der Bekleidungsbranche aus, wo mit einem vergleichsweise geringen Investitionskapital – und aufgrund der Orientierung auf Lohnveredelung auch ohne zirkulierendes Kapital – Produktionen aufgebaut werden konnten.

Der Industrialisierungsprozeß stützt sich dabei vornehmlich auf die Rekrutierung billiger weiblicher Arbeitskräfte, die in den Bekleidungsfirmen nahezu 100 % der Gesamtbeschäftigung stellen. Der Industrialisierungsprozeß in Thrakien muß für die 80er Jahre als äußerst unbefriedigend eingestuft werden. Das gilt insbesondere für die sektorale Entwicklung und hinsichtlich der Bereitstellung von qualifizierten Arbeitsplätzen. Von grundsätzlicher Bedeutung ist jedoch zusätzlich die Frage, welchen Beitrag die Industrialisierung zur Sicherung der Lebensbedingungen in der Region geleistet hat. Diese Fragestellung ist vor dem Hintergrund der massiven Auswanderung in den 60er Jahren zu sehen, die die sozioökonomische und demographische Struktur der Region nachhaltig negativ beeinflusst hat. Die nur ungenügen-

de Datenlage läßt insbesondere für die Entwicklung der Beschäftigung im primären Sektor zwar keine signifikanten Schlußfolgerungen zu, stützt aber trotzdem einige Hypothesen:

Danach reichte der absolute Anstieg der industriellen Arbeitsplätze nicht aus, um die Arbeitskräfte zu absorbieren, die in der Landwirtschaft keine (ausreichende) Existenzgrundlage mehr fanden, und um somit die Abwanderung einzudämmen. Dies gilt insbesondere ab den Jahren 1982/83, als die Investitionstätigkeit und damit auch die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen spürbar abnahm.

In der Periode 1971–1981 ging die Anzahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft um jährlich durchschnittlich 1,5 % zurück (Griechenland: –2,6 %). Der absolute Verlust von ca. 12 300 landwirtschaftlichen Arbeitsplätzen konnte in der gleichen Periode durch das Wachstum von Industrie (+9 500) und Dienstleistungen (+8 500) kompensiert werden (7). Es ist aber zu beachten, daß durch diesen "Freisetzungseffekt" die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft Thrakiens im Gegensatz zur nationalen Entwicklung in der Folgezeit kaum gestiegen ist. 1970 betrug das Bruttoregionalprodukt pro Erwerbstätigen in der thrakischen Landwirtschaft noch 81,1 % vom Landesdurchschnitt in der Landwirtschaft, im Jahre 1983 waren es nur noch 60,7 % (8). Diese Entwicklung kann nur als ein Anzeichen für eine gestiegene Unterbeschäftigung im primären Sektor gewertet werden.

In den 70er Jahren haben also wesentlich weniger Menschen die landwirtschaftliche Tätigkeit aufgegeben und sind in Arbeitsbereiche mit einer höheren Produktivität übergewechselt, als das zur Erlangung eines höheren regionalen Pro-Kopf-Einkommens eigentlich notwendig gewesen wäre. Das Bruttoregionalprodukt pro Erwerbstätigen ist trotz des Industrialisierungsschubs nicht gestiegen. Im Jahre 1983 erreichte es 60,8 % des Landesdurchschnitts, 1970 lag der Wert bei 59,8 % (9). Die thrakische Landwirtschaft erfüllt demnach im wesentlichen die Funktion eines Rückstaubeckens für unterbeschäftigte Arbeitskräfte. Gleichzeitig konnte die Abwanderung aus der Region nicht gestoppt werden, dies obwohl in den 70er Jahren eine massive Rückwanderung von ehemaligen Gastarbeitern in ihre Heimatregion einsetzte.

Die Absorptionsfähigkeit des regionalen Arbeitsmarktes ist insgesamt ungenügend. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Bevölkerung Thrakiens wesentlich jünger ist als die gesamte griechische Bevölkerung und die Anzahl der in das Erwerbsleben eintretenden Bevölkerung in Zukunft auch noch steigen wird.

Die Arbeitslosenquote spiegelt diese Entwicklung bislang noch nicht wider: In der Periode 1971–1981 ist die Quote in der Region von 4 % auf 3,5 % gefallen, sie lag auch im April 1988 mit 3,8 % noch deutlich unter dem nationalen Wert von 7,7 % (10).

4. Entwicklungsprobleme der Regionalindustrie

4.1 Beschäftigungsstrukturen

Ein elementares Problem der regionalen Industrie besteht in dem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften. Eine den Bedürfnissen der Betriebe wie der Arbeitskräfte genügende berufliche Ausbildungsinfrastruktur ist in der Region nicht vorhanden.

Der weitaus größte Teil der in den befragten Unternehmen beschäftigten Arbeitskräfte verfügte über keine qualifizierte Berufsausbildung und war entweder un- oder angelemt. Der Prozentsatz des qualifizierten Personals am gesamten beschäftigten Personal in der Produktion lag bei 10,6 % (11). Dieser Wert muß wahrscheinlich eher nach unten korrigiert werden, da einige Unternehmer offensichtlich angeleimte Beschäftigte als qualifizierte Arbeitskräfte einstufen.

Die Anzahl der unqualifizierten weiblichen Arbeitskräfte ist besonders hoch: Nur 1,2 % der Arbeitnehmerinnen verfügt über eine Berufsausbildung. Von den männlichen Arbeitskräften sind 84,2 % un- oder angelemt.

Während die ungenügende Qualifikationsstruktur bei den Arbeitnehmerinnen eher auf die ungenügende Lage des beruflichen Bildungssystems, denn auf die Unfähigkeit der Unternehmen, qualifizierte Arbeitskräfte einzustellen, zurückzuführen ist, verweist die niedrige Anzahl der in den Unternehmen beschäftigten Fachkräfte aus Ingenieurberufen oder mit Hochschulabschluß eher auf eine falsche Personalpolitik der Firmenbesitzer. In nur 24 von 73 bekannten Fällen konnte die Beschäftigung von wissenschaftlich geschultem Personal registriert werden.

Das Ergebnis ist zumindest teilweise nicht überraschend, da die Kleinunternehmen mit ihrer dünnen Kapitaldecke kaum finanzielle Mittel für hochqualifizierte Arbeitskräfte aufbringen können und Fachkräfte wegen der unattraktiven Lage Thrakiens für bestimmte Berufszweige auch nur schwer anzuwerben sind. Es ist jedoch zu vermuten, daß der niedrige Einsatz von qualifiziertem Fachpersonal zum großen Teil auch auf die Einstellung der Unternehmenschäft zurückzuführen ist, man sei selbst in der Lage, unterschiedlichste Tätigkeiten mit hohen Anforderungsprofilen eigenständig zu managen. Dazu gehören die Unternehmensbereiche Produktentwicklung, Vermarktung und Betriebsführung, wo Kosten für wissenschaftliches Personal zum Teil bewußt eingespart werden. Diese Personalpolitik hat häufig sehr nachteilige Folgen für die ökonomische Leistungsfähigkeit einzelner Betriebe.

4.2 Inputbeschaffung und Verkettungseffekte

Die griechische Industrie, und damit auch die Industrie Thrakiens, ist aufgrund ihrer nur lückenhaft entwickelten Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie äußerst abhängig von Importen. 58,3 % der Unternehmen Thrakiens mußten zumindest einen Teil ihrer Vorprodukte importieren. Die Versorgung aus regionalen Quellen ist demgegenüber relativ gering. Nur 15,1 % der Betriebe bezogen die inländischen Rohstoffe ausschließlich aus Thrakien. Eine Integration in den nationalen, geschweige denn regionalen Produktionszyklus ist bei vielen Firmen offensichtlich nicht gegeben. Eine Analyse der Firmenkontakte zu vor- und nachgelagerten Produktionseinheiten belegt, daß über ein Drittel (37,2 %) der befragten Unternehmen überhaupt keine ökonomischen Beziehungen zu anderen regionalen, dem eigenen Produktionsprozeß vorgelagerten Betriebseinheiten hatte. Bei etwa 75 % der Unternehmen bestanden keine dem Produktionsprozeß nachgelagerten Beziehungen zu anderen regionalen Firmen. Die geringen Vorwärts- und Rückkoppelungseffekte erklären sich z.T. aus der weltmarktorientierten Produktion einiger Firmen in Verbindung mit der Tatsache, daß sich ein Großteil gerade dieser Unternehmen nur aufgrund der Anreize aus der Investitionsförderung in der Region niedergelassen hat.

4.3 Technologie- und Kapitaleinsatz

Die Mehrzahl der Betriebe arbeitet mit einer total veralteten Technologie, die nicht das Niveau vergleichbarer mitteleuropäischer Unternehmen erreicht. Die strukturelle Unterentwicklung und Rückständigkeit des griechischen Maschinen- und Anlagenbaus spiegelt sich in der Herkunft des in der Region eingesetzten Maschinenparks und Know-hows wider. Nur sieben befragte Betriebe besaßen Anlagen griechischer Herkunft. In 49 Fällen kam der Produktionsapparat aus dem Ausland. In den umsatz-

stärksten Unternehmen mit einem entsprechend hohen Einsatz an Technologie waren ohne Ausnahme nur ausländische Maschinen im Einsatz.

Es kann unterstellt werden, daß die erhebliche Abhängigkeit von ausländischen Maschinenanlagen und Know-how grundsätzlich für alle Regionen Griechenlands gleich ist. In den Agglomerationen von Thessaloniki und Athen dürfte der Einsatz ausländischer Technologie eher noch höher liegen, da dort eine größere Anzahl von Betrieben aus dynamischeren und somit i.d.R. auch kapitalintensiver produzierenden Branchen (z.B. Chemie) ansässig ist. Dennoch ist die externe Abhängigkeit bei den Unternehmen in der Peripherie des Landes in ihrer Wirkung im Endeffekt ungleich größer. Die Ursache liegt in dem Fehlen eines Angebots an qualifizierten Wartungs- und Zulieferfirmen sowie entsprechend geschultem Fachpersonal. Anders als an den traditionellen Industriestandorten Griechenlands, wo sich der überwiegende Anteil ausländischer Unternehmen und die von ausländischen Lieferanten ohne Sitz in Griechenland beauftragten Servicefirmen niedergelassen haben, gibt es in Thrakien derartige unternehmensbezogene Dienstleistungen nicht.

Hier offenbart sich eine der grundlegenden Schwächen der staatlichen Investitionsförderung. Gerade die Unternehmen, die eine technologisch fortschrittliche Produktionsstruktur installiert haben, sehen sich in der Peripherie des Landes einer völlig unzureichenden Versorgung durch Wartungsfirmen und spezialisierte Techniker gegenüber. Diese Zulieferstrukturen können nur in einem organisch gewachsenen Industrieapparat mit einer engmaschigen Verflechtungsstruktur von vor- und nachgelagerten Dienstleistungen und Zulieferfunktionen entstehen, die darüber hinaus von Investitionen des Staates auf dem Gebiet der beruflichen Bildung und der technologischen Qualifizierung begleitet werden.

In Gebieten, wo über die Gewährung von Investitionsanreizen eine Industrialisierung künstlich inszeniert wird, entstehen diese notwendigen und zu den rein produktiven Firmen komplementär fungierenden Zulieferstrukturen solange nicht, bis in der Region selbst der Übergang von einem extern gesteuerten zu einem endogenen Industrialisierungsprozeß vollzogen ist. Von diesem Ziel ist die Industrie Thrakiens jedoch noch weit entfernt.

4.4 Investitionen

Die Investitionstätigkeit der regionalen Firmen muß insgesamt gesehen als völlig unzureichend bezeichnet werden. Hier ist die gleiche Entwicklung wie bei der gesamten regionalen Investitionstätigkeit der 80er Jahre zu beobachten. In ca. der Hälfte der befragten Unternehmen, die bereits vor 1980 gegründet worden waren, lag die Investitionshöhe im Zeitraum 1981–1988 bei unter 10 Mio. Dr. pro Firma (Preise von 1980). Nur in wenigen größeren Unternehmen der Konsumgüterbranche wurden Investitionen getätigt, die den Anschluß an internationale Standards der Fertigung ermöglichten.

Die Gründe der niedrigen Investitionsneigung liegen nach Ansicht der Unternehmen bei den viel zu hohen Bankzinsen. In der Tat machen Zinssätze von 20 % Investitionen für kleine und mittlere Unternehmen geradezu unmöglich.

Ein zusätzliches Problem besteht in der schleppenden Zahlung der Zulagen aus der Investitionsgesetzgebung. Von der Genehmigung bis zur Realisierung einer Investition vergehen in Extremfällen einige Jahre. Eine ziel- und zeitgerechte Anwendung neuer Technologien, die sich in der Folge auch im betriebswirtschaftlichen Erfolg widerspiegelt, wird somit erschwert.

Die Zurückhaltung der Banken bei der Kreditvergabe erklärt sich aus schlechten Erfahrungen aus der Vergangenheit, in der in der Region eine Reihe von Betrieben gefördert wurde, die sich als ökonomisch nicht tragfähig erwiesen bzw. erst gar nicht in Betrieb gingen und als Rohbauten unvollendet blieben.

Die nur ungenügende Orientierung an Kriterien der ökonomischen Leistungsfähigkeit bei der Subventionierung von Investitionen ist in Thrakien bei einer ganzen Reihe von Vorhaben offensichtlich. Einige der größeren Investitionen aus der Periode der Investitionsförderung erwiesen sich als vollkommene Fehlentscheidungen und gingen – wenn überhaupt – dann nur mit Unterbrechungen einige Jahre in Betrieb.

Ein wesentlicher Grund für die ungenügende Investitionsentwicklung ist auch im rapiden Rückgang der Binnenmarktnachfrage zu sehen, die sich durch die Implementierung des Stabilisierungsprogramms zu Beginn der zweiten Hälfte der 80er Jahre noch verstärkte. Unter diesem Einbruch leiden insbesondere die auf den regionalen Verbrauch ausgerichteten Firmen wie z.B. Zulieferer für die Bauwirtschaft oder für die Landwirtschaft.

Die Problematik unausgelasteter Kapazitäten führt zu zwei Kempunkten des Unternehmensmanagements, die in vielen Betrieben vollkommen unterentwickelt sind. Es handelt sich dabei um die Bereiche Marketing und Produktentwicklung. Beide Unternehmensbereiche werden in der Mehrzahl der Betriebe vernachlässigt und sind gerade in einer Periode der zurückgehenden Binnenmarktnachfrage ein unersetzliches Element in der Firmenstrategie. Viele Firmenbesitzer erkennen nicht die Lücke zwischen dem eigenen Produktangebot und den Bedürfnissen des Marktes.

Investitionen in die Diversifizierung der insgesamt nur wenig differenzierten Produktstrukturen tätigten nur wenige Unternehmen. Diese Firmen gehören mehrheitlich zu den Großunternehmen; in kleineren Betriebseinheiten sind Produktinnovationen nur in Ausnahmefällen zu beobachten.

Die Ursache für die mangelhafte Ausnutzung dieser Möglichkeiten liegt selbstverständlich im Kapitalmangel. Kleinunternehmen können sich finanziell weder eine eigene Entwicklungsabteilung leisten noch sind sie in der Lage, Vertriebsbüros in den Agglomerationen zu errichten.

Das gleiche gilt für den Bereich der Marktforschung, mit der zudem nicht einmal Institute in der Region beauftragt werden könnten, da in Thrakien keine vergleichbaren Einrichtungen existieren. Die durch die verkehrsmäßig isolierte Lage bedingte fehlende Anbindung an die städtischen und ausländischen Absatzzentren ist dabei ein zentrales zusätzliches Problem der regionalen Betriebe.

4.5 Exporte

Im Jahr 1987 konnten von den befragten Betrieben 35 (= 40,6 %) Exporte realisieren. In Anbetracht der in den 80er Jahren deutlich zurückgegangenen internationalen Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Industrie erscheint dieser Anteil als relativ hoch. Rund ein Drittel des Umsatzes wurde im Ausland erzielt. An dieser Exportleistung waren im wesentlichen jedoch nur fünf Branchen beteiligt: die Nahrungsmittelindustrie, die Tabakverarbeitung, die Textil- und Bekleidungsbranche sowie die Papierverarbeitung.

Ein Großteil der exportorientierten Unternehmen (57,1 %) hängt von ausländischer Auftragsvergabe ab. Das betrifft zum einen sämtliche Bekleidungsfabriken, die in Lohnveredelung für vornehmlich deutsche Unternehmen arbeiten. Ähnliche oder gleichgelagerte Abhängigkeiten sind jedoch auch bei weiteren Branchen zu beobachten. Aufgrund der spezifischen Kooperationsverträge

kann man zwei Fünftel der von externer Auftragsvergabe abhängenden Firmen durchaus als ausgelagerte Produktionsstandorte ausländischer, vornehmlich deutscher Firmen bezeichnen. Zumindest nehmen sie diese Funktion für unterschiedlich hohe Anteile der eigenen Auslandsfertigung wahr.

5. Vor- und Nachteile aus der Mitgliedschaft zur EG

5.1 Veränderungen in der internationalen Wettbewerbsfähigkeit nach dem Beitritt zur EG

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Industrie hat sich nach dem Beitritt zur EG gegenüber dem Ende der 70er Jahre wieder verschlechtert. Das betrifft insbesondere die Konsum- und Zwischengüterproduktion. Bei den Kapitalgütern ist die äußerst ungünstige Wettbewerbsposition in den 80er Jahren gleichgeblieben. Die Handelsposition hat sich insbesondere gegenüber den EG-Staaten verschlechtert. Der schon vor dem Beitritt defizitäre Handel mit der Europäischen Gemeinschaft entwickelte sich in den 80er Jahren noch ungünstiger. In den 70er Jahren betrug der Anteil des Intra-EG-Defizits am gesamten Handelsbilanzdefizit 40,8 %, im Zeitraum 1981–1985 hat er sich auf 45,5 % erhöht. Diese Bilanz wird durch die von außerhalb der EG getätigten Erdölimporte verzerrt, die im Zeitverlauf ständig gestiegen sind. Ohne Berücksichtigung der Brennstoffeinfuhren betragen die entsprechenden Werte für 1971–1980 56,5 % und für 1981–1985 sogar 87,5 % (12).

Verantwortlich für die Verschlechterung der Handelsbilanz mit der Gemeinschaft ist ein erheblicher Anstieg der Einfuhrtätigkeit, der nicht durch entsprechende Wachstumsraten bei den Exporten kompensiert werden konnte. Der Importboom betrifft vor allem die Gruppe der Nahrungsmittel. Die Handelsposition bei Nahrungsmitteln war vor dem Beitritt noch positiv. Im Verlauf der 80er Jahre entwickelte sich Griechenland jedoch zu einem Nettoimporteur von Agrarerzeugnissen aus der EG. Dabei ist durch die Übernahme der gemeinsamen Agrarpolitik zusätzlich eine Substitution vorher vergleichsweise billiger Produkte aus Drittländern gegenüber den wesentlich teureren Produkten aus der EG zu beobachten. Im Jahr 1980 bezog Griechenland nur 41 % seiner Agrarimporte aus der Gemeinschaft, 1985 waren es 80 % (13).

Eine exakte Erforschung der Wettbewerbsposition der thrakischen Industrie in den 80er Jahren ist aufgrund fehlender Daten nicht möglich. Es ist allerdings davon auszugehen, daß sich in Thrakien die Wettbewerbsposition von sechs nationalen Branchen (Öle und Fette, übrige Nahrungsmittel, Zigaretten, bearbeitete Holzprodukte, Marmor und elektrische Drähte) gegenüber der EG verbessert hat.

Eine Verschlechterung der Handelsposition ist in acht Fällen zu beobachten: Zucker, Mahlerzeugnisse, Branntwein, Garne und Stoffe aus Baumwolle und Seide, Schuhe, Druckwaren und Kunststoffprodukte, also jene Branchen, die zusammen den überwiegenden Anteil an der industriellen Wertschöpfung der Region erstellen.

Aufgrund der Interviewergebnisse bestätigt sich der Eindruck einer ungünstigen Entwicklung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der thrakischen Branchen nach dem EG-Beitritt. Nach Ansicht der Unternehmen hatte sich die Konkurrenz aus dem Ausland nach dem EG-Beitritt in 49 von 77 Fällen erhöht. Rund ein Drittel der Befragten betrachtete die Konkurrenzsteigerung als direkte Folge der Mitgliedschaft (schrittweiser Abbau der Einfuhrzölle bis zum 1.1.1986 gegenüber der EG, Abschaffung mengenmäßiger Beschränkungen, Übernahme des gemeinsamen Zolltarifs gegenüber Drittländern).

Mit Ausnahme der Zwischengüterproduktion sind Firmen aller Branchen von einer erhöhten Importkonkurrenz nach dem Beitritt zur EG betroffen. Dabei entfällt je die Hälfte auf Importe aus EG-Staaten und Drittländer. Zwei Drittel der Konkurrenten aus Drittländern gehören sogar der Gruppe der Entwicklungs- und Schwellenländer an.

Die Konkurrenz aus der EG ist bei den befragten Firmen, analog dem Trend auf nationaler Ebene, am stärksten in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie gewachsen. Bemerkenswert ist auch die Zunahme der Auslandskonkurrenz in der Textil-, Schuh- und Bekleidungsbranche aus der Gemeinschaft. Konkurrenzländer sind vornehmlich die neuen Mitglieder Spanien und Portugal.

Im Zwischen- und Kapitalgütersektor liegt die Konkurrenzsteigerung unter dem Durchschnitt der Konsumgüterbranchen. Die Ursache dafür ist in der Nichtexistenz dieser Branchen in der Region für weite Teile des Produktionsspektrums sowie in der schon in den 70er Jahren schlechten Wettbewerbsfähigkeit der Sektoren zu suchen, die kaum noch eine Steigerung zuließ.

Im Handel mit Dritt- bzw. Entwicklungsländern ist die höhere Konkurrenz im Textil- und Bekleidungssektor zu spüren. Die Staaten der dritten Welt konkurrieren mit den regionalen Branchen wegen deren teilweise vollständiger Ausrichtung auf Exporte jedoch auf Drittmärkten. In der Gruppe der Entwicklungsländer fällt auf, daß die Türkei in 15 Fällen als Konkurrenzland angesehen wird. Das gilt für den Handel auf Märkten Dritter (Bekleidung) ebenso wie auf einheimischen Märkten (z.B. Ölfilter, Holzverarbeitung). Das Nachbarland ist damit der mit Abstand stärkste Konkurrent der regionalen Wirtschaft außerhalb der Gruppe der EG-Staaten.

Im Gegensatz zu den spürbaren Konkurrenzsteigerungen konnten nur wenige Firmen positive Handelseffekte registrieren. Der schrittweise Abbau der Zollschränken und die Übernahme des Außenhandelszolltarifs hatte sich nach Ansicht von 8 % der Firmenbesitzer positiv auf die betriebliche Entwicklung ausgewirkt, da Vorprodukte nun kostengünstiger eingeführt werden können. In Anbetracht der Tatsache, daß 57 % der Firmen Vorprodukte aus dem Ausland importieren mußten, sind die Effekte aus dem Zollabbau jedoch insgesamt als nur begrenzt vorteilhaft zu werten.

Eine Ausnahme bildet die Politik der Gemeinschaft bei Textil- und Bekleidungsartikeln. Der Beitritt Griechenlands zur EG hat für die Firmen der Textil- und Bekleidungsindustrie in der Tat zu einer durchgreifenden Verbesserung ihrer Wettbewerbsposition geführt. Die freie Zirkulation von Textilien innerhalb der EG und die gleichzeitige Abschottung des gemeinsamen Marktes über das Welttextilabkommen haben Griechenland, das vor dem Beitritt Portugals die weitaus niedrigsten Lohnkosten der Gemeinschaft hatte, zu einem Auslagerungsstandort der mitteleuropäischen Bekleidungsindustrie werden lassen. Die Fertigung von Bekleidungsartikeln ist zwar in einigen Drittländern teilweise wesentlich billiger als in Griechenland (z.B. Hongkong, Türkei). Da eine vollständige Produktion außerhalb der EG-Grenzen aber durch EG-Recht limitiert ist, lassen vor allem deutsche Bekleidungsfirmen immer noch erhebliche Teile ihrer Kollektion innerhalb der EG und somit auch in Griechenland produzieren.

5.2 EG-Agrarpolitik

Die Übernahme der EG-Agrarpolitik hatte unterschiedliche Einflüsse auf die betrieblichen Entwicklungen. Positive Bewertungen waren in den Produktparten der Herstellung von Sonnenblumenöl, der Baumwollentkörnung, der Tabakverarbeitung sowie mit Einschränkungen in der Zuckerproduktion zu verzeich-

nen. Während durch die Preispolitik der Gemeinschaft der vormals rückläufige Anbau von Orienttabak in der Region stabilisiert wurde, ist der mittlerweile großflächige Anbau von Sonnenblumen und vor allem Baumwolle durch den EG-Beitritt erst stimuliert worden. Die Investitionsentscheidungen zur Errichtung einer Sonnenblumenölraffinerie und einer Baumwollentkörnungsanlage gehen sogar ursächlich auf den EG-Beitritt zurück. Die Beeinflussung des EG-Beitritts ist am komplexesten im Bereich der Zuckerproduktion. Da die in Thrakien ansässigen zwei Zweigwerke der Hellenic Sugar Industry zusammen die meisten Industriebeschäftigten in der Region stellen und die Produktion aufs engste mit der örtlichen Landwirtschaft verknüpft ist, sind die regionalökonomischen Implikationen in diesem Fall auch durchgreifender als in anderen Branchen.

Die griechische Zuckerindustrie wurde erst in den 60er Jahren aufgebaut und mußte vor dem Beitritt zur EG staatlich subventioniert und protektioniert werden, da die Weltmarktpreise ein wesentlich niedrigeres Niveau aufwiesen, dem die nationale Produktion konkurrenzmäßig nicht gewachsen war. Mit dem Beitritt zur EG fiel auch der Zucker unter den Marktordnungsmechanismus der gemeinsamen Agrarpolitik mit dem Ergebnis der Erhöhung der Erzeuger- und Marktpreise. Die niedrigen Garantiepreise für Zuckerrüben ab 1984 und die gleichzeitig günstigen preislichen Entwicklungen bei Baumwolle führten in den Jahren 1986 und 1987 zu einem Rückgang des Zuckerrübenanbaus in Griechenland und somit zu einer weit unter den technischen Möglichkeiten liegenden Zuckerproduktion, die bei ca. 380 000 t Jahreskapazität liegt.

Der Rückgang der Anbaufläche für Zuckerrüben ist gerade in den Gebieten Griechenlands zu einem Problem für die Hellenic Sugar Industry geworden, wo der Zucker mit Baumwolle und Mais in Konkurrenz steht.

Die gemeinsame Agrarpolitik hatte für einige Unternehmen auch eindeutig negative Effekte. So ist der Anbau von Weichweizen in der Region drastisch zurückgegangen. Vormalig exportorientierte Mühlenbetriebe mußten ihre Ausfuhr in asiatische Länder reduzieren oder ganz einstellen. Gleichzeitig sind nach dem Beitritt die Weizenpreise merklich gestiegen, so daß für viele Kleinbetriebe mit veralteter Technologie kein kostengünstiges Wirtschaften mehr möglich war.

Die durch die EG-Politik induzierte rückläufige Entwicklung der Tierhaltung in der Region hat sich auch negativ auf die Produktion von Viehfutter ausgewirkt. Da sich die Landwirte immer mehr der Pflanzenzucht zuwenden und gleichzeitig die Input-Preise nach dem Beitritt zur EG erheblich gestiegen sind, sind die Entwicklungsmöglichkeiten für diesen Produktzweig in der Region äußerst begrenzt.

5.3 Abbau von Exportzuschüssen

Rund die Hälfte der exportorientierten Unternehmen beklagte explizit den sukzessiven Abbau der in der Vergangenheit von der griechischen Regierung gewährten Exportzuschüsse. Die Abschaffung der Exportsubventionierung geht auf die Wettbewerbspolitik der Gemeinschaft zurück und stellt in der Tat eine einschneidende Maßnahme dar, die in ihren Konsequenzen auf die betriebswirtschaftliche Position verschiedener Unternehmen sicherlich schwerer wiegt als eine Zollreduktion. In der Regel werden für alle in Griechenland erzeugten Produkte ab dem Jahr 1989 keine staatlichen Exportzuwendungen mehr gewährt. Die Höhe der Subventionierung lag in der Vergangenheit z.T. bei einem Drittel des Wertes der zu exportierenden Güter.

In der Vergangenheit machte die Subventionierung vor allem bei den Exportfirmen einen Großteil des Umsatzes aus und hat internationale Wettbewerbsfähigkeiten simuliert, die die Firmen z.T. real gar nicht besaßen. Bei den Unternehmen, die in den vergangenen Jahren auf dem Weltmarkt an Wettbewerbsfähigkeit verloren haben, konnten die zusätzlichen Einnahmen schwerpunktmäßig zu Beginn der 80er Jahre Kostensteigerungen durch Lohnerhöhungen oder durch Nachfragemangel bedingte Umsatzrückgänge überkompensieren.

Die hohen Ausfuhrsubventionen haben mit Sicherheit aber auch eine notwendige Modernisierung und Diversifizierung der eigenen Unternehmens- und Produktionsstrukturen hinausgezögert und in einigen Fällen wohl auch verhindert.

5.4 Einführung der Mehrwertsteuer

Die Einführung der Mehrwertsteuer im Jahre 1987 löste die sog. "Bewegungssteuer" ab, deren Anwendung regional differenziert war und ländliche Räume gegenüber der Agglomeration von Athen bevorzugte, so daß Mehrkosten des Transports aus der Peripherie des Landes in die städtischen Absatzzentren zumindest teilweise ausgeglichen werden konnten.

Die Nivellierung der Steuersätze hat die thrakischen Produzenten und Dienstleistungsunternehmen objektiv in eine ungünstigere Standortposition gegenüber den Agglomerationsräumen gebracht. Massive Proteste der regionalen Interessenverbände der Wirtschaft (Industrie- und Handelskammern, Unternehmervereinigungen) haben bisher keinerlei Erfolge bezüglich einer ersatzweisen Begünstigung außerhalb der gültigen Subventionierungen erbracht. Der thrakischen Wirtschaft und den Inseln der Ostägäis wurde im Jahr 1989 lediglich eine erhöhte Zinssubventionierung von 3 % gewährt.

Die landesweite Vereinheitlichung trifft in erster Linie die Produzenten, die ihre Produkte in den Agglomerationen absetzen wollen und/oder in diesen Gebieten auch noch Konkurrenten haben, die mittlerweile die Differenz der Transportkosten als ihren konkreten Vorteil verbuchen können. Die Marktförne und die mangelhafte verkehrsmäßige Anbindung an die städtischen Zentren und die daraus resultierenden hohen Transportkosten sind jedoch eines der wesentlichen Standortprobleme der Wirtschaftsunternehmen Thrakiens. Problematisch ist zusätzlich die Tatsache, daß in der Region nur wenige Speditionsbetriebe ansässig sind und Transportkosten somit kaum durch einen preislichen Wettbewerb gesenkt werden. Letztendlich sind somit die kleinen und mittleren Unternehmen besonders von der Standortverschlechterung betroffen, da ihnen die dringend notwendige Ausweitung des Absatzes auf außerregionale Märkte weiter erschwert wird.

Anmerkungen

(1)

Die Ausführungen gehen auf ein von der Stiftung Volkswagenwerk, Hannover, gefördertes Forschungsprojekt "Auswirkungen des EG-Beitritts Griechenlands auf die regionale Industrieentwicklung" am Institut für Geographie der Universität Münster unter Leitung von Prof. Dr. Cay Lienau zurück. Die Ergebnisse stützen sich auf Interviewergebnisse einer repräsentativen Unternehmensbefragung, die der Verfasser von April bis Juli 1988 bei insgesamt 86 Betrieben in der Region durchgeführt hat. Die Betriebe beschäftigten insgesamt 5 021 Arbeitskräfte, was einem Anteil von ca. einem Drittel an der gesamten Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe der Region entspricht.

- (2) National Statistical Service of Greece (NSSG): *Résultats du Recensement de la Population et des Habitations* – Effectué le 5 Avril 1981, Vol. III, Fasc. A. – Athen 1985
- (3) EG-Kommission: Dritter periodischer Bericht der Kommission über die sozio-ökonomische Lage und Entwicklung der Regionen in der Gemeinschaft. – Brüssel 1987, S. 174
- (4) Die Gesetzgebung – im wesentlichen das Gesetz 289/76 und als Nachfolge das Gesetz 1262/82 – sieht verschiedene Maßnahmen zur Förderung produktiver Investitionen vor. Dabei kann der Investor zwischen zwei Förderungskombinationen wählen:
- a) Zuschuß, reduzierte Steuerrate, Zinssubvention und erhöhte Abschreibungsraten;
 - b) Steuerermäßigungen und erhöhte Abschreibungsraten.
- Das vor kurzem ersetzte Gesetz 1262/82 unterteilt das gesamte Staatsgebiet Griechenlands in unterschiedliche Förderungszonen. Die Untersuchungsregion Thrakien fällt dabei unter die Kategorie D mit der höchsten Förderungswürdigkeit. So liegen die Investitionszuschüsse in den D-Regionen bei 20–50 % der veranschlagten Gesamtinvestition.
- (5) Eigene Berechnungen nach Angaben des National Statistical Service of Greece (NSSG)
- (6) Ebenda
- (7) Eigene Berechnungen nach dem National Statistical Service of Greece (NSSG), a.a.O.
- (8) Eigene Berechnungen nach *Theodoris-Markogiannaki, E.; Kabbadia, P.; Katochianou, D.*: Grunddaten nach Nomos und Region. – Athen 1986 (in Griechisch) und Angaben des National Statistical Service of Greece (NSSG)
- (9) Ebenda
- (10) EUROSTAT: Regionen 1989. – Luxemburg 1990, S. 51
- (11) Diese und alle weiteren Angaben in den Kapiteln 4 und 5 beruhen, falls nicht anders vermerkt, auf eigenen Erhebungen von April bis Juni 1988
- (12) *Axt, Heinz-Jürgen*: Griechenland in der Europäischen Gemeinschaft – Kosten und Nutzen nach sechsjähriger Mitgliedschaft. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* (1987) H. 2, S. 169–188, hier: S. 173
- (13) *Macheras, Dimitrios*: Die Mitgliedschaft Griechenlands in den Europäischen Gemeinschaften – Die Problematik der wirtschaftlichen Auswirkungen auf Griechenland angesichts seiner Wirtschaftsstruktur. Diss. Münster 1986, veröffentl.: Frankfurt a.M. 1988, S. 337

*Dipl.-Geogr. Michael Ridder
Berufs-Bildungs-Institut Bremen GmbH
Dölvesstraße 8
2800 Bremen 11*